

Frau Kogler (CDU/DA):

Frau Ministerin, das Problem ist wirklich so ernst, und wenn ich Ihre Worte höre, ist das wie eine Rechtfertigung für die hohen Preise. Aber die Bevölkerung im Land verdient nicht im gleichen Maße mehr. Das betrifft nicht nur die Milch und das Fleisch. Sie brauchen nur ins Nikolaiviertel zu gehen. Schon am Montag waren die Preise stark angestiegen. Ich habe die Verkäuferin, die Kellnerin gefragt, ob ihr Gehalt in gleicher Weise gestiegen ist. Natürlich nicht. Und das trifft für das ganze Land zu. Das wird die Leute verärgern. Erst wurden die Preise künstlich niedrig gehalten, und jetzt werden sie künstlich angehoben. Das ist das, was zu einem wirklichen Eklat führen kann, das ist wirklich ein ernstes Problem.

(Beifall)

Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:

Ich weiß sehr wohl, daß das ein ernstes Problem ist. Wir gehen aber bitte mal alle davon aus, daß unsere gesamte Gastronomie mit Minus gearbeitet hat durch diese extrem niedrigen Preise. Im Gesamtdurchschnitt waren wir gerade so kostendeckend, wir haben also in den meisten Einrichtungen zugebuttert.

(Zurufe)

Es ist doch Marktwirtschaft!

(Heiterkeit, Beifall)

Gerade in den Gaststätten regelt sich das doch von selbst. Wenn keine Gäste da sind, müssen die Preise runtergehen.

(Zurufe)

Bitte, dann erklären Sie mir einmal, wie ich auf eine GmbH einwirken soll! Das ist eine Kapitalgesellschaft, die sich jetzt selbst tragen muß. Es ist bereits am Montagabend mit dem Amt für Wettbewerbsschutz gesprochen worden - vielleicht erläutere ich Ihnen das zunächst -, und die Verbraucherverbände sind aufgefordert worden, Preisunregelmäßigkeiten, wo so extreme Preise genommen werden, die unvertretbar sind, an das Amt für Wettbewerbsschutz und an mein Ministerium zu melden. Da können wir über das Preisgesetz, über Ordnungsstrafen und Einziehung dieses erzielten hohen Gewinns einwirken. Aber das ist im Moment der einzige Mechanismus, den wir hier haben. Ich kann nicht mehr von oben herab sagen mit dem Daumen, wie wir das von früher kennen: Der Preis gilt! Davon sind wir weg, und das ist das, was ich vorhin sagte, worüber Sie sich so köstlich amüsieren können: Das ist eben die Marktwirtschaft.

(Zurufe)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Ich habe jetzt drei Zwischenfragen. Vielleicht können wir die drei Zwischenfragen beantworten.)

Ich möchte keine Fragen beantworten. Wissen Sie, was ich einmal möchte? Sie alle sind empört, aber geben Sie mir doch einmal eine Lösungsvariante! Schimpfen kann jeder, aber weiß denn jemand einen Mechanismus, außer daß wir kontrollieren können über das Amt für Wettbewerbsschutz?

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Frau Ministerin, haben Sie noch Ausführungen, die Sie machen wollen?)

Ja, ich habe noch eine ganz wichtige Ausführung, und zwar zu dem Einwand oder zu der Anfrage der Liberalen Partei. Mit der Treuhandanstalt sind Absprachen erfolgt. Was wir hier brauchen, um dieses Preisgefüge, wie es jetzt entstanden ist, zu brechen, ist der gesunde Wettbewerb. Und diesen gesunden Wettbewerb können wir nur dadurch schaffen, daß jetzt verschiedene Anbieter verschiedener Eigentumsformen, so wie das immer angedacht war, so wie wir das als Regierung von Anfang an vorhatten, ganz schnell wirksam werden. Hierzu möchte ich jeden Verkaufsstellenleiter-Interessenten in unserem Lande auffordern, wer Interesse hat, das Geschäft, das er bisher geführt hat, in Privathand zu übernehmen, daß er den Antrag stellt an das Ministerium für Handel und Tourismus oder an die Treuhandanstalt.

Wir werden hierzu ein entsprechendes Finanzierungsmodell

für jeden einzelnen erarbeiten, so daß er also auch günstig, zu günstigen Zinssätzen und mit Unterstützung hier anfangen kann. Und das Ministerium für Handel und Tourismus organisiert Kurzschulungen, eine Woche, maximal zwei Wochen, für diese, die dann privat hier in die Einrichtungen hineingehen, um mit diesen ganzen neuen Bestimmungen, Preisbildung usw. dann zurechtzukommen.

Das muß natürlich schnell gehen, damit wir ganz schnell einen gesunden Wettbewerb haben.

(Vereinzel Beifall)

Und nicht nur der Einzelhandel muß privatisiert werden in dieser Form, sondern natürlich auch der Großhandel.

(Vereinzel Beifall)

Was uns im Moment Sorgen macht, ist wirklich der Großhandel, der also sehr, sehr viele Einzelhändler zu versorgen hat und dort natürlich ein gewisses Preisdiktat auf den Einzelhändler ausübt. Und wenn wir hier auch im Großhandelsbereich mehrere Anbieter haben, wird sich auch das regulieren.

Es gibt ein schönes Beispiel aus dem Raum Chemnitz. Dort sind in Zusammenarbeit mit dem Ministerium Untersuchungen gemacht worden. Wir haben dort 62000 m² an Lagerfläche gefunden und aktiviert und 1600 m² Verkaufsraumfläche für Gewerbe usw., die wir jetzt Privaten anbieten können. Dieselben Aktivitäten sollten jetzt alle Kommunen unternehmen. Es ist da bereits mit den Landräten gesprochen worden, auch mit den Bezirksbevollmächtigten. Die Aktivitäten laufen also in diese Richtung, und wenn das so schnell wie möglich passiert, daß wir hier auf dem Markt wirklich einen Wettbewerb bekommen, werden sich auch die Preise regulieren.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Frau Ministerin, wir haben jetzt vier Zwischenfragen. Können wir die mal in dieser Reihenfolge abarbeiten? Inzwischen sind es noch mehr. Wir wollten ja dann gerne noch Vertreter anderer Ministerien zu Wort kommen lassen. Zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Dr. Dorendorf (CDU/DA):

Wir hatten vor einer Woche einen Antrag eingebracht zu einem Beschluß zur Entflechtung des Handels. Das ist der Lösungsweg, Frau Reider. Ich möchte jetzt zur Geschäftsordnung den Antrag stellen, daß wir mit Zweidrittelmehrheit an dieser Stelle diesen Antrag jetzt noch behandeln. Ich glaube, das Problem ist so wichtig.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Dieser Antrag ist ja behandelt und einem Ausschuß überwiesen worden. Entschuldigung, wir brauchen über diesen Antrag jetzt gar nicht zu reden. Das ist ein Geschäftsordnungsantrag gewesen. Da geht es überhaupt nicht um inhaltliche Sachen. Darum gibt es jetzt auch dazu nichts zu sagen, sondern erst einmal die geschäftsordnungsmäßige Angelegenheit zu behandeln. Die sieht so aus: Es ist ein Antrag gestellt worden, der ist hier behandelt worden, der ist in den Ausschuß überwiesen worden. Er kann nur wieder auf die Tagesordnung kommen in Form eines Beschlußvorschlages des Ausschusses. Und der Ausschuß hat sich damit beschäftigt, und die Sache kommt.

(Dr. Dorendorf, CDU/DA: Antrag heute! Noch heute kommt ein Antrag. Die Beschlußvorlage kommt.)

Der Ausschuß hat ja darüber gearbeitet. Im Verlaufe dieser Tage kommt das Thema wieder dran.

(Unruhe im Saal)

Aber jetzt gibt es keine Veranlassung, deswegen die Tagesordnung zu ändern.

(Zurufe von CDU/DA: Doch! Das Thema ist so wichtig!)

Es geht nur auf Initiative des Ausschusses, dem das überwiesen worden ist. Ich glaube, das war der Wirtschaftsausschuß,